

Positionspapier

Wenn Ideologie Gesundheit kostet: Warum die Ausweitung der Mexico City Policy (Global Gag Rule) globale Gesundheit untergräbt



Abbildung 1 Grafik Wenn Ideologie Gesundheit kostet © Aktionsbündnis gegen AIDS

In unserem Positionspapier ordnen wir die erneute Ausweitung der sogenannten Mexico City Policy („Global Gag Rule“) ein und bewerten ihre Auswirkungen auf globale Gesundheit, Menschenrechte und die Wirksamkeit internationaler Gesundheitsprogramme. Wir zeigen auf, warum die jüngsten Entwicklungen unter der Trump-Administration für eine evidenzbasierte, integrierte Ansätze der Gesundheitsversorgung, insbesondere im Bereich HIV und community-basierter Arbeit gefährlich sind und diese systematisch untergraben. Vor diesem Hintergrund formulieren wir in diesem Papier die Notwendigkeit einer klaren politischen Positionierung für verlässliche, menschenrechtsorientierte und nicht ideologisch konditionierte globale Gesundheitsfinanzierung.

Hintergrund: Was ist die Mexico City Policy (Global Gag Rule)?

Die Mexico City Policy ist eine seit 1984 bestehende US-Regelung zur Auslandshilfe, die Empfängerorganisationen untersagt, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, zu bewerben oder dazu zu beraten sowie entsprechende politische Arbeit zu leisten. Ihre wiederholte Einführung und Aufhebung entlang parteipolitischer Linien führt zu erheblicher Unsicherheit und beeinträchtigt Planungssicherheit und Programmkontinuität in der globalen Gesundheitszusammenarbeit. Die erste Trump-Administration markierte dabei einen qualitativen Bruch: Sie weitete die Policy drastisch aus, benannte sie in Protecting Life in Global Health Assistance um und dehnte sie auf die gesamte US-globale Gesundheitsfinanzierung aus, dies betraf rund 7,3 Milliarden US-Dollar im Haushaltsjahr 2020. Damit wurden auch große HIV-; Mütter-, Neugeborenen- und Kindergesundheits-, und weitere Implementierungsorganisationen gezwungen, entweder die Verpflichtung zu

unterzeichnen oder ihre Arbeit grundlegend umzustrukturieren. Auch in der zweiten Amtszeit knüpfte die Administration an diese expansive Ausrichtung an: [Bereits im Januar 2025 wurde die Mexico City Policy durch Präsident Trump erneut in Kraft gesetzt](#) und damit die expansive Ausrichtung der Regelung aus seiner ersten Amtszeit wieder aufgenommen.

Am 27. Januar 2026 folgte nun eine nochmals deutlich weitergehende Verschärfung unter dem Leitbegriff „human flourishing“ (menschliches Gedeihen). Die neue Regelarchitektur [Promoting Human Flourishing in Foreign Assistance](#) stellt die bislang umfassendste ideologische Konditionierung von US-Auslandshilfe dar, sowohl in ihrem Umfang als auch in ihrer inhaltlichen Reichweite. Sie gilt nicht mehr nur für globale Gesundheit, sondern für nahezu die gesamte nicht-militärische US-Auslandshilfe, erfasst ein deutlich größeres Finanzvolumen und einen erweiterten Kreis von Empfänger*innen, einschließlich internationaler Organisationen und Programme, die bislang nicht oder nur indirekt betroffen waren. Zudem werden Förderverbote auf weitere Politikfelder ausgeweitet, darunter Fragen von Geschlechtsidentität sowie Ansätze zu Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion.

Auswirkungen der Global Gag Rule auf HIV, integrierte Versorgung und globale Gesundheit

1. Nachweisbare negative Effekte auf HIV- und Mortalitätsraten

Die International AIDS Society (IAS) weist darauf hin, dass frühere Phasen der Global Gag Rule mit [steigenden HIV-Neuinfektionen](#) sowie erhöhter mütterlicher und kindlicher Mortalität einhergingen. Diese Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit der [Fragmentierung integrierter Gesundheitsdienste](#). Quantitative Analysen beziffern diese Effekte: Auf Basis länderübergreifender Daten [wurde geschätzt](#), dass die Wiedereinführung der Policy in der Periode 2017–2021 mit rund 360.000 zusätzlichen HIV-Neuinfektionen sowie etwa 108.000 zusätzlichen Todesfällen von Müttern und Kindern verbunden war, mit besonders starken Effekten in Ländern mit hoher Abhängigkeit von US-Finanzierung.

2. Widerspruch zu globalen Integrationszielen in der HIV-Bekämpfung

Während globale Gesundheitsstrategien seit Jahren auf die [Integration von HIV-Diensten in Primärversorgung und öffentliche Gesundheitssysteme](#) setzen, wirkt die Global Gag Rule systematisch in die entgegengesetzte Richtung. Die Policy zwingt Organisationen dazu, [Leistungen organisatorisch, finanziell und inhaltlich zu trennen](#), um formale Compliance sicherzustellen. Dies führt zu kostenintensiven Parallelstrukturen, erhöhtem administrativem Aufwand und eingeschränktem Zugang zur Versorgung. Besonders betroffen sind Programme, die HIV-Prävention und -Behandlung mit Familienplanung, Schwangerschaftsvorsorge oder Community-basierter Versorgung verbinden, genau jene Ansätze, die als wirksam, kosteneffizient und nachhaltig gelten.

3. Besondere Betroffenheit von Schlüsselpopulationen und marginalisierten Gruppen

Die Einschränkungen und Auslagerung niedrigschwelliger Angebote treffen insbesondere Bevölkerungsgruppen, die auf kombinierte Leistungen angewiesen sind. Dazu zählen Frauen und Mädchen, junge Menschen sowie [Schlüsselpopulationen](#) wie Transpersonen, Männer, die Sex mit Männern haben, Sexarbeitende und andere marginalisierte Gruppen. Erfahrungen und [Literatur zeigen](#), dass unter der Global Gag Rule HIV-Prävention, Testung, Behandlung und psychosoziale Unterstützung für diese Gruppen eingeschränkt, ausgelagert oder vollständig eingestellt wurden. Dies beeinträchtigt Zugang, Kontinuität und Qualität der Versorgung nachhaltig und verschärft bestehende gesundheitliche Ungleichheiten.

4. Menschenrechtliche Dimension und Auswirkungen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit

Über die systemischen Effekte hinaus [stellt die Global Gag Rule einen Eingriff in das Menschenrecht auf Gesundheit dar](#). Der eingeschränkte Zugang zu moderner Verhütung, zu Information und zu umfassender Versorgung führt nachweislich zu mehr ungewollten Schwangerschaften und zwingt Frauen und Mädchen, Schwangerschaften unter unsicheren oder unerwünschten Bedingungen auszutragen. Damit untergräbt die Policy reproduktive Rechte, gefährdet Gesundheit und Leben von Frauen, Mädchen und Jugendlichen und steht im Widerspruch zu international anerkannten menschenrechtlichen Verpflichtungen sowie zu nationalen Rechtsrahmen vieler Empfängerländer.

5. Schwächung von Zivilgesellschaft und Community-basierter Arbeit

Die Studienlage zeigt, dass die Global Gag Rule nicht nur durch ihre formalen Verbote wirkt, sondern vor allem durch Über Implementation, "vorausseilendem Gehorsam" und andere abschreckende Effekte in der Praxis. Mehrere Untersuchungen belegen, dass Organisationen Leistungen über das rechtlich Geforderte hinaus einschränken, um Compliance-Risiken und den Verlust von US-Mitteln zu vermeiden. Dies wurde u. a. bei [PEPFAR-Implementierungspartnern](#) sowie in qualitativen Studien in [Malawi](#) und [Nigeria](#) dokumentiert. Darüber hinaus führt die [Regelung zu einer strukturellen Verunsicherung](#), die Organisationen dazu veranlasst, selbst rechtlich zulässige Leistungen, Kooperationen oder Informationsangebote vorsorglich einzuschränken oder ganz einzustellen. Diese Dynamiken schwächen zivilgesellschaftliche Akteure, fragmentieren Partnerschaften und untergraben insbesondere community-basierte HIV-Programme, die für Zugang, Akzeptanz und Wirksamkeit zentral sind. Die daraus entstehenden Schäden wirken über einzelne Projekte hinaus und hinterlassen langfristige strukturelle Brüche in lokalen Gesundheitssystemen.

6. Risiken für multilaterale Ansätze

Auch wenn multilaterale Organisationen formal nicht direkt an die Global Gag Rule gebunden sind, geraten sie unter der erweiterten Architektur erheblich unter Druck. Viele Implementierungspartner erhalten parallel US-Mittel und müssen ihre Programmansätze an die ideologischen Vorgaben anpassen, mit direkten Auswirkungen. [Dies gefährdet zentrale Prinzipien multilateraler Organisationen](#): evidenzbasierte Programmgestaltung, Fokus auf Schlüsselpopulationen, integrierte Versorgung und Community-Führung. Besonders betroffen sind ambitionierte Ziele wie 95-95-95, die explizit auf gezielte, differenzierte Ansprache und Inklusion angewiesen sind.

Unsere Forderung an Deutschland und die Staatengemeinschaft

Insgesamt zeigt die Evidenz klar: Die Global Gag Rule und ihre aktuelle vorgesehene Ausweitung sind keine neutralen Finanzierungsinstrumente, sondern nachweislich gesundheitsschädliche, durch politische Ideologien geprägte motivierte Eingriffe. Gefordert sind daher evidenzbasierte, nicht ideologiegetriebene Maßnahmen/Programme, die Integration fördern, Gesundheitssysteme stärken und den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen ausbauen statt einschränken.

Deutschland und andere internationale Akteure sollten daher:

- sich eindeutig gegen ideologische Konditionierung von Gesundheitsfinanzierung positionieren und diese als unvereinbar mit evidenz- und menschenrechtsbasierter globaler Gesundheitspolitik zurückweisen;

- multilaterale Institutionen politisch und finanziell stärken, insbesondere in ihrem Fokus auf integrierte Versorgung, Schlüsselpopulationen und Community-geführte Ansätze;
- den Schutz integrierter HIV-, SRHR- und Community-basierter Programme aktiv einfordern, auch gegenüber Gebern, deren bilaterale Politiken diese Ansätze untergraben;
- Menschenrechte, einschließlich sexueller und reproduktiver Rechte, als nicht verhandelbare Grundlage globaler Gesundheitszusammenarbeit verteidigen, unabhängig von ideologisch geprägten Eskapaden einzelner Geber;
- Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der globalen Gesundheitsfinanzierung priorisieren, um Fragmentierung, Parallelstrukturen und Verunsicherung bei Implementierungspartnern zu vermeiden, die zur Einschränkung wichtiger Programme führen kann;
- zivilgesellschaftliche und community-basierte Organisationen gezielt absichern, da sie für Reichweite, Wirksamkeit und Legitimität der HIV-Bekämpfung unverzichtbar sind.

Nur durch eine klare Abgrenzung von ideologisch motivierten Eingriffen und ein entschlossenes Bekenntnis zu evidenzbasierter, integrierter und menschenrechtsorientierter Gesundheitspolitik lassen sich die erreichten Fortschritte in der globalen HIV-Bekämpfung sichern und weiter ausbauen.

Februar 2026

Aktionsbündnis gegen AIDS

Kontakt: info@aktionsbundnis-aids.de